

SCHÄFFER  
POESCHEL

**Herbert Sperber**

# **Wirtschaft**

**verstehen – nutzen – ändern**

2002

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart

Prof. Dr. Herbert Sperber lehrt Finanzmanagement, Volkswirtschafts- und Bankwirtschaftslehre an der Fachhochschule Nürtingen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme  
Sperber, Herbert: Wirtschaft verstehen – nutzen – ändern / Herbert Sperber.  
- Stuttgart : Schäffer-Poeschel 2002  
ISBN 3-7910-1645-8

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

ISBN 3-7910-1645-8

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Microverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2002 Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft • Steuern • Recht GmbH & Co. KG

[www.schaeffer-poeschel.de](http://www.schaeffer-poeschel.de)  
[info@schaeffer-poeschel.de](mailto:info@schaeffer-poeschel.de)

Konzeption und Gesamtherstellung: Hampp Media GmbH, Stuttgart

Redaktion: Dr. Olaf Grosch

Einbandgestaltung: Willy Löffelhardt

Fotos: Umschlagabbildung, S. 10, 148 MEV; S. 26, 48, 68, 90, 106, 124, 174,  
206 PhotoDisc

Grafik und Satz: Doris Augter, pws Print und Werbeservice Stuttgart GmbH

Druck und Bindung: Ebner & Spiegel GmbH, Ulm

Printed in Germany

Oktober/2002

**Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart**

Ein Tochterunternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt

„Ökonomie ist von höchster Relevanz.“

John Maynard Keynes

## Vorwort

Wer heute finanzielle Entscheidungen trifft, ob im Berufsleben oder privat, erkennt rasch, dass diese in hohem Maße von gesamtwirtschaftlichen Vorgängen bestimmt werden. So stellt sich etwa bei der Aufnahme eines Kredits – beispielsweise im Zuge des Hausbaus – sofort die Frage nach dem zukünftigen Verlauf der Zinsen. Der Bankberater wird vermutlich einige zentrale Einflüsse der Zinsentwicklung aufzählen: die Konjunktur, die Inflation, das Ausland und einiges mehr. Aber die Entscheidung, einen Kredit über zehn Jahre zu festen Zinsen zu vereinbaren oder sich vielleicht doch erst einmal nur für einen kürzeren Zeitraum zu verschulden (in der Hoffnung auf sinkende Zinsen), muss der Kunde letztlich alleine fällen. Fehlentscheidungen können hier viel Geld kosten, und umgekehrt. Dies gilt in ähnlicher Weise für den privaten Geldanleger. Sollen die Finanzmittel langfristig investiert werden? Was machen die Aktienkurse? Wie kann man sich vor Kursverlusten schützen oder gar von ihnen profitieren? Diese und weitere Fragen beurteilen zu können und entsprechend zu handeln, setzt voraus, dass man die zugrunde liegenden ökonomischen Zusammenhänge kennt.

Volkswirtschaftliches Wissen versetzt denjenigen, der darüber verfügt, in die Lage, klug zu entscheiden und souverän zu handeln. Darüber hinaus ermöglicht es ein realistisches Urteil über die Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftspolitik. Es gibt zahlreiche gesellschaftliche Problembereiche, die den Einzelnen als Staatsbürger und Wähler direkt oder zumindest mittelbar angehen: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Steuerbelastung, die Globalisierungsdiskussion oder Fragen der Währungsordnung. Schließlich sind in unserer Medienwelt Wirtschafts- und Finanznachrichten allgegenwärtig. Informationen über das Wirtschaftswachstum, die Zahl der Arbeitslosen, den Stand der Tarifverhandlungen, die Staatsverschuldung, die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, die Entwicklung der Börsenkurse oder des Euro beherrschen Tageszeitung, Fernsehen und Internet. Das Wissen – besser gesagt: das systematisch geschulte Nachdenken – über solche Fragen hilft, die Welt, in der wir leben, besser zu verstehen.

Mit dem vorliegenden Buch beschreitet der Autor den Mittelweg zwischen theorielastigem Lehrbuch und unzulänglich vereinfachter Darstellung wirtschaftlicher Zusammenhänge. Entstanden ist damit

ein grundlegendes und einführendes Werk zur Volkswirtschaft. Allerdings macht der vorgegebene knappe Seitenumfang natürlich eine Schwerpunktsetzung notwendig. So schenken die Ausführungen dem Geld- und Finanzbereich sowie den Fragen der internationalen Verflechtung erhöhte Aufmerksamkeit. Dadurch wird der besonderen Bedeutung dieser Themen für das moderne Wirtschaftsleben Rechnung getragen. Oberstes Ziel der Darstellung ist es, den Leser auf verständliche, übersichtliche und interessante Weise mit den betrachteten Aspekten sowie mit der typischen Denkweise der Ökonomen vertraut zu machen. Dabei werden auch schwierige Zusammenhänge angepackt und unter Einbeziehung der Ergebnisse der modernen wirtschaftswissenschaftlichen Forschung erläutert. Die Sprache, in der dies geschieht, und die Art der Betrachtung sind indes durchgehend klar und einfach. Die fachlichen Ausführungen setzen keine einschlägigen Kenntnisse voraus. Erwartet werden lediglich ein prinzipielles Interesse an gesamtwirtschaftlichen Fragen sowie die Bereitschaft zum Mitdenken. Um einen leichten Zugang zu den behandelten Problemfeldern sicherzustellen, verzichtet das Buch praktisch vollständig auf formalmathematische Ableitungen. Es argumentiert stattdessen verstärkt anhand von Beispielen und Beobachtungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit.

Der Wissensstoff wird in zehn inhaltlich systematisch aufeinander aufbauenden Kapiteln dargelegt, die jeweils einen überschaubaren Themenkreis behandeln. Jedes Kapitel beginnt mit einer kurzen Einführung. Der Stoff wird danach schrittweise in Modulen erörtert. Dabei widmet sich jedes Modul einem Baustein der Gesamtproblematik und ist grundsätzlich für sich allein genommen verständlich. Die Beschränkung auf zwei bis drei Seiten pro Modul bedeutet, dass wirklich nur die (aus Sicht des Autors) wichtigsten Dinge erörtert werden, und zwar mit der geringst möglichen Zahl von Wörtern. Das Glossar am Ende des Buches ermöglicht darüber hinaus ein schnelles Nachschlagen ausgewählter Fachausdrücke. Ebenso lassen sich über das Stichwortverzeichnis rasch die Textstellen einzelner Begriffe und damit deren Bedeutung und übergeordneter Sachzusammenhang erkennen.

Mein herzlicher Dank gilt Frau Dipl.-Betriebswirtin (FH) Kerstin Schramm. Sie hat das Glossar erstellt und mir darüber hinaus nützliche Anregungen gegeben. Auch danke ich Dr. Olaf Grosch, Frank Katzenmayer und Heinz-Josef Sprengkamp für wertvolle Hinweise und die angenehme und effektive Zusammenarbeit bei der Realisierung dieses Projekts.



„Denn der Sinn des Lebens besteht nicht darin, dass ein Mensch aufgrund seines großen Vermögens im Überfluss lebt.“

Lukas 12, 15

# Was heißt hier ökonomisch?

In New York leben ganze Bevölkerungsteile zusammen mit Millionen von Ratten in den unterirdischen Schächten der Kanalisation. Wenn einer der menschlichen Bewohner herauskriecht, um in den Mülltonnen der Stadt nach weggeworfenen Fast-Food-Resten zu suchen, und sich dabei ein wenig auffällig benimmt, so kann es schon vorkommen, dass er von der um die öffentliche Sicherheit besorgten Polizei festgenommen wird. Den gemächlich passierenden Fahrer des schwarzen Lamborghini Diabolo, der gerade seine an der Wall Street notierten Aktienoptionen mit hundert Millionen Gewinn verkauft hat, dürfte das vergleichsweise wenig beeindrucken. Warum auch? That's life. Oder?

In der Dritten Welt verhungern täglich mehrere tausend Kinder, während in der Europäischen Union Milliarden von Geldern ausgegeben werden, um tonnenweise überschüssige Nahrungsmittel zu vernichten. Ist das in Ordnung? Normal nicht, aber es ist eine Erscheinungsform der wirtschaftlichen Realität. Was ist das für eine Realität?

In den Ausführungen dieses ersten, grundlegenden Kapitels werden wir zunächst die Knappheit, das heißt die Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Güterproduktion, als zentrales Problem der Ökonomie herausstellen. Aus ihm ergeben sich zwangsläufig drei Grundfragen, nämlich was, wie und für wen in einer Volkswirtschaft produziert werden soll. Wir betrachten dabei das System Volkswirtschaft als ein riesiges Unternehmen, das sich aus einer Vielzahl, jeweils nur am eigenen Vorteil orientierter Entscheidungsträger, so zu sagen „Profit-Centern“, zusammensetzt. So mancher, der schon einmal die Zentrale einer großen Bank, eines Industrieunternehmens oder eine Behörde von innen gesehen hat, wird sich vermutlich gefragt haben, wie die unzähligen Einzelaktionen, Abläufe und Entscheidungen ineinander greifen, sodass am Ende ein mehr oder weniger vernünftiges Ergebnis resultiert. Dasselbe gilt natürlich für ein ganzes Land oder für die Welt insgesamt. Warum mündet das alles nicht im Chaos? Wie, nach welchem Grundprinzip, funktioniert die kapitalistische Marktwirtschaft? Und wo liegen ihre dunklen Seiten? Mit diesen und ähnlichen Fragen wollen wir uns auf den nächsten Seiten befassen. Das Kapitel schließt mit einer Diskussion der Aufgaben und der Methodik der Volkswirtschaftslehre sowie der Ziele der Wirtschaftspolitik.

## 1 Leben heißt wirtschaften – das Problem der Knappheit

Die Lehre von dem wirtschaftlichen Geschehen in der Welt nennt man *Ökonomie*. Manchmal spricht man auch von Ökonomie und meint damit allgemein „die Wirtschaft“ (sozusagen als Ort dieses Geschehens). Als Entdecker der Ökonomie gilt gemeinhin *Aristoteles* (384–322 v. Chr.). Der berühmte österreichische Ökonom *Josef Schumpeter* (1883–1950) vermochte zwar in dessen Beiträgen lediglich einen „ehrbaren, prosaischen, irgendwie mittelmäßigen und recht schwülstigen, gesunden Menschenverstand“ zu erkennen. Genau darum geht es aber!

Die Ökonomie beschäftigt sich nämlich mit dem ganz gewöhnlichen, menschlichen Problem des Mangels oder der Knappheit. Es ergibt sich daraus, dass jeder Einzelne von uns eine unendlich große Fülle von Wünschen bzw. Bedürfnissen hat, die vorhandenen Möglichkeiten zu deren Erfüllung aber begrenzt sind. Die Folge davon ist, dass viele Güter, eben weil sie heftig begehrt werden, knapp sind. Solche Güter bezeichnen wir als *ökonomische Güter*. So genannte *freie Güter* sind dagegen, gemessen an den Wünschen der Individuen, in beliebiger Menge vorhanden. Derartige Güter haben typischerweise auch keinen Preis. Allerdings fällt es schwer, dafür Beispiele zu finden. Sand in der Sahara wäre etwa eines. Oder faule Eier. Sie mögen vielleicht selten sein, aber knapp im ökonomischen Sinne sind sie nicht. Sehr viele Güter, die früher einmal frei waren, wie Wasser, saubere Luft oder Parkplätze, sind indes mittlerweile zu knappen und damit teuren Gütern geworden.

Aus der Knappheit resultiert die Notwendigkeit, sich auf eine sinnvolle Auswahl bestimmter Bedürfnisse zu beschränken. Jeder Mensch mit einem begrenzten Einkommen – und das sind die meisten – kennt das. Er muss „wirtschaften“. Wirtschaften bedeutet stets den möglichst zweckmäßigen Einsatz knapper Mittel. Diese Notwendigkeit betrifft jede handelnde Wirtschaftsperson (in der Sprache des Ökonomen: jedes *Wirtschaftssubjekt*) – egal ob Privathaushalt, Aktiengesellschaft oder staatliche Einrichtung. Gemeinsamer Orientierungsmaßstab ist dabei das ökonomische Prinzip. Es verlangt, mit gegebenen Mitteln einen möglichst hohen Ertrag zu erzielen (Maximalprinzip) oder ein gegebenes Ziel mit möglichst geringem Aufwand zu erreichen (Minimalprinzip). Bei näherer Betrachtung besteht unser ganzes Leben aus lauter solchen Optimierungsentscheidungen. Das ist auch der Grund, weshalb die Ökonomie längst nicht mehr nur bei der Erklärung ihrer traditionellen wirtschaftsbezogenen Fra-

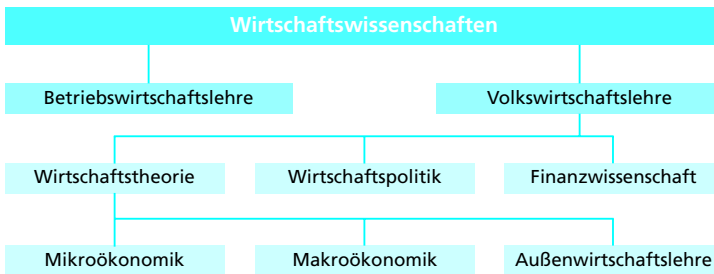
Ökonomische  
Güter

Ökonomisches  
Prinzip



gestellung Anwendung findet. So liefert heutzutage die ökonomische Theorie der Politik, der Bürokratie, der Ehe bzw. Familie, der Kriminalität, der Drogen oder der Religion hoch interessante Einsichten in die Gesellschaft und ihre Verhaltensweisen. Schaubild 1.1 zeigt die traditionelle Gliederung der Wirtschaftswissenschaften.

Schaubild 1.1:  
Einteilung der  
Wirtschafts-  
wissenschaften



Die *Betriebswirtschaftslehre* analysiert die Entscheidungen der Unternehmen. Die *Volkswirtschaftslehre* widmet sich den Vorgängen des Wirtschaftslebens insgesamt. Sie wird in die Wirtschaftstheorie, die Wirtschaftspolitik und die Finanzwissenschaft untergliedert.

Gegenstand der Wirtschaftstheorie ist zum einen die *Mikroökonomik*. Sie befasst sich mit dem Verhalten einzelner Haushalte und Unternehmen sowie mit der Funktionsweise des Marktes. Aufgabe der *Makroökonomik* ist es zu erklären, wie sich die Entscheidungen von Unternehmen, Haushalten und Staat in ihrer Gesamtheit auswirken. Wie kommt es zu Konjunkturschwankungen, Arbeitslosigkeit und Inflation? Welche Rolle spielt das Geld? Die Makroökonomik soll auf dieser Basis Handlungsvorschläge für die Wirtschaftspolitik bereitstellen. Die *Außenwirtschaftslehre* fragt nach den Konsequenzen, die aus der internationalen Verflechtung eines Landes entstehen. Im Rahmen der *Wirtschaftspolitik* geht es um Möglichkeiten des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaftsordnung und den Wirtschaftsablauf. Was sollen Zentralbank und Regierung tun? Welche Rezepte gibt es zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme einer Nation? Eine rationale *Wirtschaftspolitik* wird sich dabei auf die Erkenntnisse der *Wirtschaftstheorie* stützen. Die *Finanzwissenschaft* untersucht die Aufgaben des Staates im Wirtschaftsgeschehen. Ihr Interesse richtet sich auf die Wirkungen von Steuern, Staatsausgaben und öffentlichen Schulden.

## 2 Was, wie, für wen? – die Grundfragen der Ökonomie

In jeder Volkswirtschaft sind infolge der nur begrenzt verfügbaren Produktionsmöglichkeiten drei Grundfragen zu beantworten:

### Was soll produziert werden?

(Welche Arten von Gütern sollen in welchen Mengen hergestellt werden?)

### Wie soll produziert werden?

(Welche Produktionsmittel, das heißt Maschinen, Arbeitskräfte, etc. sollen in welchem Umfang eingesetzt werden? Wo, an welchen Standorten, soll produziert werden?)

### Für wen soll produziert werden?

(Wer erhält wie viel des Produktionsergebnisses? Welcher Teil der Produktion soll sofort konsumiert, welcher Teil soll investiert werden und so dazu dienen, die Produktionsmöglichkeiten in der Zukunft zu erhöhen?)

Ein Wirtschaftssystem (Wirtschaftsordnung) ist die Gesamtheit der rechtlichen Vorschriften, Koordinationsmechanismen, Zielsetzungen, Verhaltensweisen und Institutionen, die den Aufbau und Ablauf einer Volkswirtschaft bestimmen

Die auf die Lösung dieser drei Kernprobleme gerichteten Entscheidungen können von einer zentralen Planungsbehörde (oder auch von mehreren Behörden) getroffen werden. Das ist eine Möglichkeit. Gewöhnlich setzt sie voraus, dass auch die Produktionsmittel – das „Kapital“ – dieser Behörde unterstellt, also vergesellschaftet sind oder dem Staat gehören. Man spricht dann von *sozialistischer Zentralverwaltungswirtschaft* (siehe Schaubild 1.2). In der Regel werden in einem solchen Wirtschaftssystem auch die Preise für die produzierten Güter sowie die Löhne etc. staatlich festgelegt. Die Erfahrungen mit dieser Organisationsform einer Volkswirtschaft sind aber wenig ermutigend. Man denke etwa an die Hinterlassenschaft der ehemaligen UdSSR: verseuchte Seen und Flüsse, veraltete oder funktionsunfähige Maschinen, heruntergekommene Fabrikgebäude, verbreiteter Alkoholismus und teilweise bittere Armut. Lehrer und Soldaten, beispielsweise, sollen monatelang überhaupt kein Gehalt bekommen haben. Viele Produkte sind nur am „Schwarzmarkt“ erhältlich, und Korruption scheint eine große Rolle zu spielen. Nein, die Kernprobleme einer Volkswirtschaft sind mit dieser Strategie offenbar nicht zufriedenstellend zu bewältigen.

Auf der anderen Seite steht die *kapitalistische Marktwirtschaft*, in der Millionen von Privathaushalten und Unternehmen eigenverantwortlich (dezentral) darüber entscheiden, was, wie und für wen pro-

duziert wird. Die Produktionsmittel befinden sich hier in privater Hand, und die Lenkung der Güterherstellung in die „richtigen“, das heißt, von den Käufern gewünschten Verwendungsbereiche, geschieht über die erzielbaren Preise und Gewinne. Als Exponenten dieses Systems gelten die USA, Hongkong oder Monaco. Der in diesen Ländern erreichte materielle Wohlstand lässt die marktwirtschaftliche Lösung als haushoch überlegen erscheinen. Aber auch sie hat ihre Schwächen (siehe Seite 20).

Die einzelnen Wirtschaftssysteme ergeben sich aus der Kombination der Bauelemente „Koordinationsprinzip“ und „Eigentumsordnung“

Eigentumsordnung \ Koordinationsprinzip	Privateigentum an Produktionsmitteln	Gemeineigentum an Produktionsmitteln
dezentrale Planung	kapitalistische Marktwirtschaft	sozialistische Marktwirtschaft
zentrale Planung	kapitalistische Zentralverwaltungswirtschaft	sozialistische Zentralverwaltungswirtschaft

Schaubild 1.2:  
Wirtschaftssysteme

Die *kapitalistische Zentralverwaltungswirtschaft* dürfte keine ernsthaft Realisierungschance haben. Im Modell der sozialistischen Marktwirtschaft gibt es grundsätzlich die Möglichkeit, dass die Produktionsmittel überwiegend Staatseigentum sind. Typischerweise hat hier auch die zentrale staatliche Planung noch erhebliches Gewicht. So etwa in Ungarn bis Ende der 80er-Jahre und in China in den 80er-Jahren. Alternativ können die Produktionsmittel überwiegend Gesellschaftseigentum sein, das heißt, sie gehören den Beschäftigten der einzelnen Betriebe. Über ihre Nutzung entscheiden die Mitarbeiter im Rahmen der „Arbeiterselbstverwaltung“. Dieses Modell war in Ansätzen in Jugoslawien bis Ende der 80er-Jahre verwirklicht. Die meisten heutigen Wirtschaftssysteme kombinieren Elemente der kapitalistischen und der sozialistischen Marktwirtschaft. Hierzu gehören etwa die französische „Planification“, in der bestimmte „Makrogrößen“ (vor allem die Investitionen) zentral vorgeplant werden, oder das „schwedische Modell“, welches der Vollbeschäftigung und sozialen Sicherheit oberste Priorität einräumt. Auch die unter der Verantwortung *Ludwig Erhard* (1897–1977) in Deutschland etablierte *soziale Marktwirtschaft* bildet eine Mischform, in der dem Staat die Aufgabe zukommt, lenkend einzugreifen und als negativ empfundene Wirkungen der freien Marktwirtschaft abzumildern.

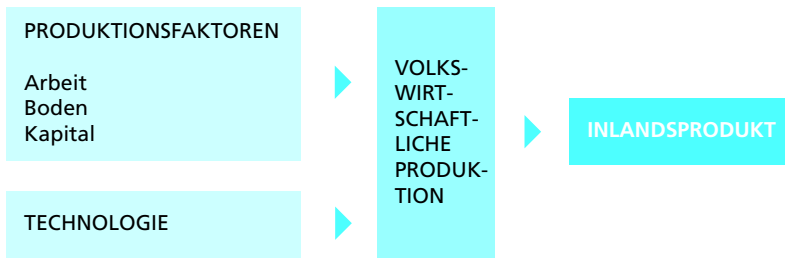
Die in der Realität zu beobachtenden Wirtschaftssysteme stellen Mischformen dar

Soziale Marktwirtschaft

### 3 Input und Output – das Unternehmen Volkswirtschaft

Für unsere weiteren Überlegungen benötigen wir noch einige begriffliche Klärungen. Hierzu ist es hilfreich, sich die Volkswirtschaft als ein riesiges Unternehmen vorzustellen, dessen Erzeugnisse zusammen genommen das so genannte Inlandsprodukt bilden (es ist eng verwandt mit dem Sozialprodukt bzw. Nationaleinkommen). Zu seiner Erstellung werden die *Produktionsfaktoren* Arbeit, Boden und Kapital eingesetzt bzw. genutzt (siehe Schaubild 1.3).

Schaubild 1.3:  
Der Produktionsprozess einer Volkswirtschaft

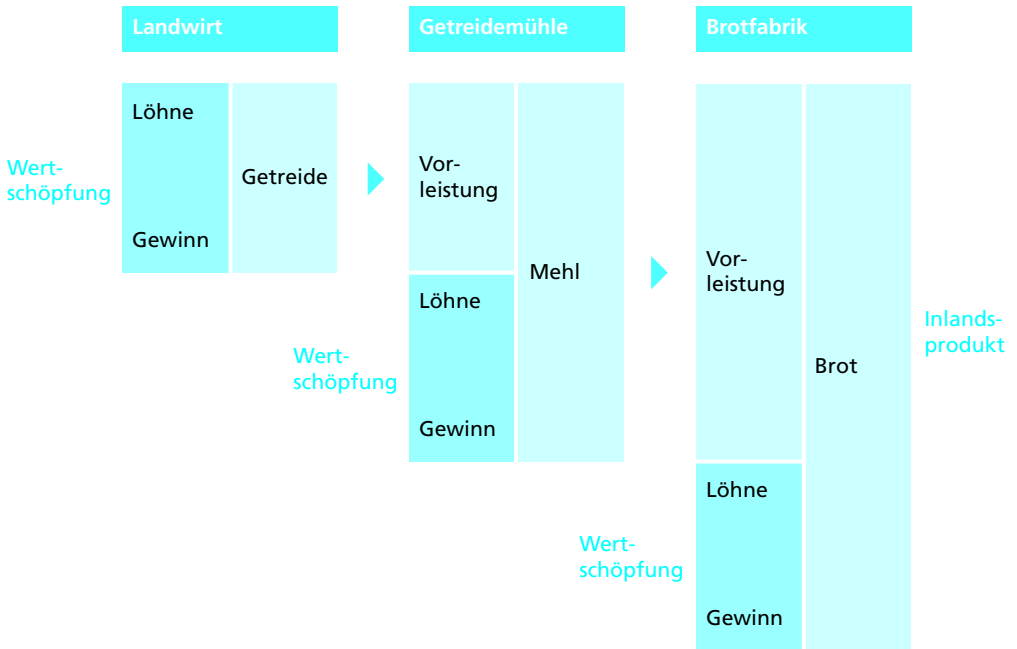


Neben den dauerhaften Produktionsmitteln werden auch nicht dauerhafte Produktionsmittel eingesetzt, die im Produktionsprozess als Vorleistungen verbraucht bzw. verarbeitet werden

In dem von Ökonomen bevorzugten „Denglisch“ werden die eingesetzten, sozusagen hineingesteckten, Produktionsfaktoren als *Input* bezeichnet. Dabei verstehen wir unter *Arbeit* sämtliche Erwerbspersonen eines Landes, also die Zahl der insgesamt verfügbaren Arbeitskräfte bzw. deren Arbeitszeit. (Inwieweit dieses Potenzial tatsächlich ausgeschöpft wird, ist eine andere Frage!) Zum Faktor *Boden* gehören die ganze für wirtschaftliche Aktivitäten verwendbare Bodenfläche sowie die Bodenschätze – dazu zählen etwa auch die Wind- und Solarenergie oder der Fischbestand im Bodensee. *Kapital* umfasst die vorhandenen Maschinen, Werkzeuge, technischen Anlagen, Gebäude, Verkehrswege, Telefonleitungen etc. Genauer spricht man vom Kapitalstock oder Realkapital. So genanntes Finanzkapital ist hingegen kein eigener Produktionsfaktor, vielmehr kann es als Mittel zur Beschaffung von Realkapital verstanden werden. Vergrößerungen des Kapitalstocks werden als *Investitionen* bezeichnet. Sie erhöhen die zukünftigen Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft. Der prinzipiell gleiche Effekt geht übrigens von einer Verbesserung der Produktionstechnologie aus. Aufgrund ihrer großen Bedeutung wird die *Technologie*, das heißt das technische und sonstige Wissen in einer Volkswirtschaft, heute oft auch als eigenständiger Produktionsfaktor aufgefasst.

Wenden wir uns nun dem gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnis zu, dem Inlandsprodukt oder *Output* (also dem, was hinten herauskommt). Grundsätzlich kann es sich hier um *Sachgüter* (auch: Waren) oder um *Dienstleistungen*, wie etwa Transport, Fernsehunterhaltung, Krankenpflege oder Bildung, handeln. Je nachdem, ob diese Güter von privater Hand oder vom Staat bereitgestellt werden, spricht man von *privaten* oder von *öffentlichen Gütern*. Das Thema, warum der Staat überhaupt bestimmte Leistungen selbst produziert bzw. anbietet, diskutieren wir später (siehe Seite 108). An dieser Stelle bleibt aber festzuhalten, dass das Inlandsprodukt in einem mehrstufigen Prozess geschaffen wird, wie dies für den unten dargestellten Fall der Broterzeugung gut zu sehen ist. Wie in diesem Beispiel ergibt sich auch das am Ende stehende Inlandsprodukt einer ganzen Volkswirtschaft als Summe der auf den jeweiligen Produktionsstufen hinzugefügten *Wertschöpfungen*. Die damit verbundene Verflechtung führt zu einer starken Abhängigkeit zwischen den beteiligten Wirtschaftsbereichen. Dies kann beispielsweise die oft beobachtbaren Kettenreaktionen bei einem konjunkturellen Auf- oder Abschwung erklären.

Schaubild 1.4:  
Die volkswirtschaftliche Wertschöpfungskette am Beispiel der Broterzeugung



## 4 Die unsichtbare Hand – der Koordinationsmechanismus des Marktes

### Wirtschafts- kreislauf

In seiner 1714 veröffentlichten „Bienenfabel“ erzählt der Holländer Bernard Mandeville von einem Bienenstock, in dem großer Wohlstand herrscht, aber auch großes Laster. Die Bienen sehnen sich nach mehr Tugendhaftigkeit und christlicher Nächstenliebe. Als ihr Wunsch erfüllt wird, verschwindet jedoch mit dem Laster alle Aktivität der Einzelnen. Der Wohlstand zerbricht. Müßiggang, Langeweile und Chaos breiten sich aus. Die Botschaft dieser Fabel, die damals einen Skandal auslöste, trifft ziemlich genau den Wesenskern der *kapitalistischen Marktwirtschaft*. Man kann ihre Funktionsweise anhand des einfachen *Wirtschaftskreislaufs* erklären (siehe Schaubild 1.5): In diesem Modell sind alle privaten Haushalte zum „Sektor“ Haushalte und sämtliche Unternehmen zum „Sektor“ Unternehmen zusammengefasst. Die Unternehmen nutzen die von den Haushalten angebotenen Produktionsfaktoren, und diese verwenden das dafür erhaltene Einkommen für den Kauf von Konsumgütern. Es fließt also zwischen den beiden Sektoren ein ständiger Strom von Konsumgütern und Faktorleistungen (Arbeitseinsatz, Bodennutzung etc.), dem ein wertgleicher Geldstrom entgegengerichtet ist. Als Plattform für den Tausch Geld gegen Güter bzw. Geld gegen Faktorleistungen dienen die Konsumgüter- bzw. die Faktormärkte.

Steigt nun die Nachfrage der Haushalte nach einem Konsumgut, sagen wir Kartoffeln, so würden sich deren Preis sowie die Gewinne in der Kartoffelbranche erhöhen. Dies veranlasst die Bauern, mehr Kartoffeln anzubauen, und lockt außerdem neue Anbieter auf den lukrativen Markt. Entsprechend werden mehr Feldarbeiter, Pflüge, Ackerflächen etc. benötigt, woraufhin deren Nutzungspreise – also Löhne, Mieten, Pacht etc. – ansteigen.

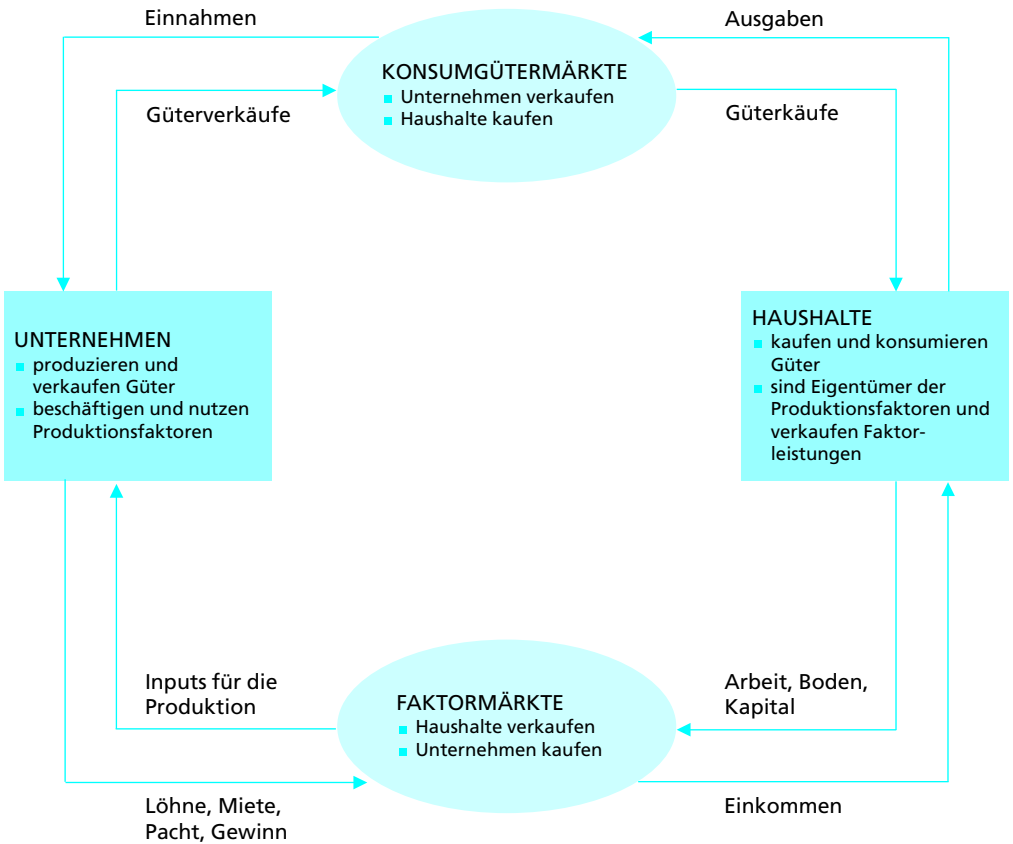
Das Beispiel zeigt mithin, dass in der Marktwirtschaft die Konsumenten darüber entscheiden, *was* in der Volkswirtschaft produziert wird (nämlich das, was den höchsten Gewinn abwirft). Die gezielte Nachfrage der Unternehmen nach Faktorleistungen bestimmt daraufhin die Einkommen und damit, *für wen* produziert wird. Gleichzeitig ist das Preisverhältnis zwischen den Produktionsfaktoren maßgeblich für deren jeweilige Einsatzmenge, also dafür, *wie* produziert wird. Angenommen, die Löhne der Feldarbeiter wären im Vergleich zu den Nutzungskosten einer Kartoffelerntemaschine zu hoch, so würden die Bauern versuchen, Feldarbeiter (Arbeit) durch Kartoffelerntemaschinen (Kapital) zu ersetzen. Der Wettbewerbsdruck zwingt die Unternehmen dabei zu ständigem Nachdenken darüber,

Die Nachfrage  
nach Produktiv-  
leistungen ergibt  
sich letztlich aus  
der Konsumgüter-  
nachfrage

wie die Produktion noch kostengünstiger bzw. effizienter zu gestalten wäre.

Als Fazit ergibt sich, dass in der kapitalistischen Marktwirtschaft der *Preismechanismus* die Lenkung des Wirtschaftsprozesses übernimmt. Er ist jene „unsichtbare Hand“, von der *Adam Smith*, der geistige Vater der Marktwirtschaft, 1776 in seinem wichtigsten Werk „Der Wohlstand der Nationen“ gesprochen hat. Sie bringt den Einzelnen, der im Grunde nur seinen eigenen Vorteil im Auge hat, dazu, sich für das Gemeinwohl einzusetzen (siehe Seite 92).

Schaubild 1.5:  
Der einfache  
Wirtschafts-  
kreislauf



## Die wichtigsten Kritikpunkte am freien Preis- bzw. Marktmechanismus:

- Private Unternehmer produzieren nur, wenn sie damit Gewinn machen können. Güter, die nicht ohne weiteres am Markt verkauft werden können, wie Straßennutzung, Sicherheit, Bildung oder Schutzimpfungen gegen Seuchen (*öffentliche Güter*), werden nicht angeboten.
- Es besteht eine Tendenz, den Wettbewerb durch den *Zusammenschluss* mit anderen Unternehmen einzuschränken. Darüber hinaus birgt die absolute Gewinnerorientierung die Versuchung betrügerischen Verhaltens. Ein weiteres Problem sind so genannte *externe Effekte*. Sie liegen beispielsweise vor, wenn ein Unternehmen Giftstoffe an die Umwelt abgibt, ohne für den Schaden zu bezahlen.
- Die wirtschaftliche Aktivität schwankt. In Krisenzeiten kommt es zu *Arbeitslosigkeit*. Andererseits besteht die Gefahr der *Inflation*. Den Chancen auf materiellen Wohlstand stehen existenzielle *Risiken* gegenüber.
- Typisch ist schließlich die sehr *ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung*. Sie ist eine Folge des zugrunde liegenden Leistungsprinzips, wobei der Wert einer Leistung an dem Preis gemessen wird, den die Käufer dafür zu zahlen bereit sind. Die Realität zeigt, dass Gesellschaften, die sehr effizient arbeiten, die also das meiste aus ihren knappen Ressourcen herausholen, auch große soziale Unterschiede aufweisen – und umgekehrt.

Handelsblatt  
vom 6.6.2002

### Zerschlagt die Kartelle!

**Ein freier Markt für Arbeit und Entlohnung? Bloß nicht. Weder SPD noch CDU mögen Arbeit und Lohn den freien Kräften des Marktes aussetzen. Die Folgen: weniger Jobs und weniger Wohlstand.**

... So widersprüchlich es klingen mag: Arbeitnehmer und Arbeitslose in diesem Land wären besser geschützt, wenn sie weniger behütet würden. Um es auf einen kurzen Nenner zu bringen: Mehr Markt und weniger staatlich verordneter Schutz für das Individuum sorgen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. In einem expandierenden Markt hat der Arbeitnehmer bessere Möglichkeiten, einen Job zu finden, und ist damit effektiv besser geschützt als durch den Eingriff des Staates ...

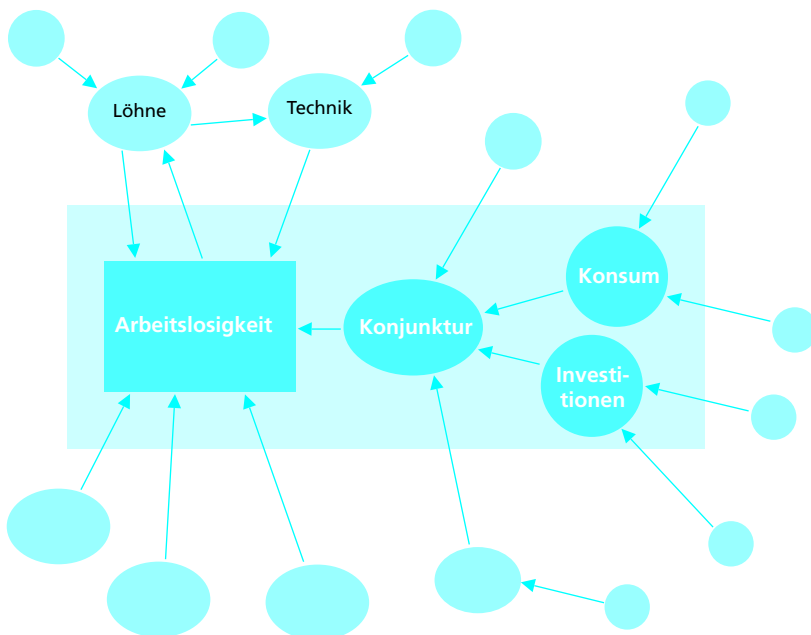


## Zweck und Mittel – Aufgaben und Methodik der Volkswirtschaftslehre

# 5

Es gilt als gesichertes Erkenntnis, dass das Begriffsvermögen des Menschen maximal bis an die Stufe der eigenen Existenz reicht. Das heißt, der Mensch kann lernen, die Funktionsweise eines Schraubenschlüssels, eines Autos, eines Kernkraftwerkes oder eben gerade noch eines Menschen zu verstehen. Niemals aber wird es ihm gelingen, mehrere Menschen in ihrem Zusammenwirken vollständig zu erfassen. Nun ist eine *Volkswirtschaft* immer eine (große) Gruppe von Menschen, die bei ihrer Lebensgestaltung zueinander in Beziehung treten. Die Realität, mit der es die *Volkswirtschaftslehre* zu tun hat, ist deshalb im Allgemeinen kompliziert und in ihren vielfältigen Abhängigkeiten nicht zu überschauen. Deshalb arbeiten Ökonomen – wie auch Physiker oder Theologen – mit teilweise stark vereinfachten *Modellen*. Anhand solcher Modelle widmet sich die Volkswirtschaftslehre zunächst der *Beschreibung* und *Erklärung* ökonomischer Vorgänge. Darauf aufbauend kann sie sich den Aufgaben der *Prognose* des zukünftigen Wirtschaftsablaufs sowie der *Beratung* bei dessen zielgerichteter Beeinflussung durch die Politik zuwenden.

Schaubild 1.6:  
Beispiel eines  
ökonomischen  
Modells



Ein Modell ist die vereinfachte Darstellung der wirtschaftlichen Wirklichkeit anhand einer überschaubaren Anzahl wesentlicher Zusammenhänge

Nehmen wir als *Beispiel* die *Arbeitslosigkeit* (siehe Schaubild 1.6 auf der vorangehenden Seite). Ihre Ursachen könnten darin liegen, dass die Löhne zu hoch sind, die Konjunktur schlecht läuft, der technische Fortschritt Arbeitsplätze kostet und vieles andere mehr. Eventuell sind diese Ursachen selbst Folge der Arbeitslosigkeit (so wird eine hohe Arbeitslosigkeit die Lohnforderungen dämpfen). Zudem bestehen auch zwischen den einzelnen Ursachen kausale Beziehungen (zum Beispiel können hohe Löhne die Rationalisierungstechnik fördern). Und schließlich werden die genannten Ursachen ihrerseits durch weitere Einflüsse bestimmt (der schlechten Konjunktur könnte ein Rückgang etwa der Konsum- oder der Investitionsnachfrage zugrunde liegen), die wiederum ihre eigenen Ursachen haben etc. In einem Modell wird dieses verästelte Beziehungsgeflecht auf eine Auswahl als wesentlich eingeschätzter Einflusskanäle reduziert. Dann versucht man, durch genaues Beobachten – man nennt das „empirische Forschung“ – die Zusammenhänge möglichst exakt zu charakterisieren, und kommt so zu Aussagen wie: Wenn die Konjunktur um X Prozent steigt, dann nimmt die Arbeitslosigkeit um Y Prozent ab. Genau diese Beziehung wurde übrigens in den USA von dem früheren Regierungsberater Okun gemessen (für die Zeit von 1947 bis 1960). Die Erfahrungsregel, die sich dabei ergab, hat in der Ökonomie als *Okun-Gesetz* einige Beachtung gefunden. Es lautet:

Änderung der Arbeitslosenquote in % =  $-\frac{1}{2}$  (%-Wachstum der Inlandsproduktion – 3 %)

Wächst also die Produktion beispielsweise um 5 Prozent, so sinkt die Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt.

Erfahrungsgemäß gibt es kein Modell, mit dem man die wirtschaftliche Entwicklung immer völlig realitätsgetreu erklären kann. Das liegt zum einen daran, dass die tatsächlich wirksamen Einflussfaktoren eben nicht bekannt sind. Es kann also sein, dass nicht die wichtigsten ausgewählt wurden. Außerdem werden die bestehenden Beziehungen stark vom menschlichen Verhalten bestimmt. Das aber unterliegt bekanntlich Schwankungen und kann deshalb nicht ein für alle Mal exakt berechnet werden (wie beispielsweise die Umlaufbahn eines Satelliten). Aus diesen Gründen finden sich in der Volkswirtschaftslehre recht häufig für das gleiche Problem mehrere, miteinander konkurrierende *Erklärungsansätze* (auch: *Theoreme* oder *Paradigmen*). Um die Wirkung einzelner Einflussgrößen klar zu erkennen, arbeitet die Volkswirtschaftslehre oft mit der Annahme, „dass alles Übrige gleich bleibt“ (*ceteris-paribus-Klausel*).

## 6

## Das magische Viereck – Probleme der Stabilisierungspolitik

Um ihrer Beratungsfunktion gerecht zu werden, muss die Volkswirtschaftslehre die *Ziele der Wirtschaftspolitik* analysieren. In Deutschland sind die gesamtwirtschaftlichen Ziele im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 (so genanntes „Stabilitätsgesetz“) festgelegt worden (siehe Schaubild 1.7). § 1 StabG lautet:

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsgrad und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

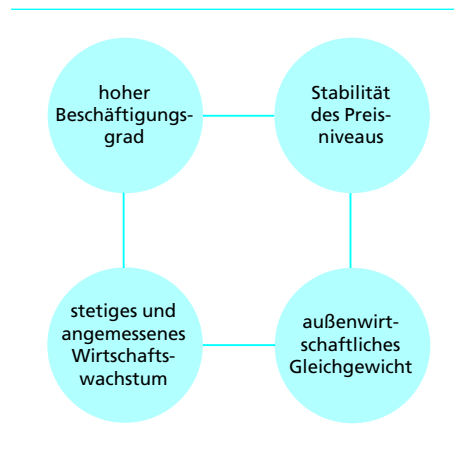
Weitere, häufig genannte Ziele sind eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der Umweltschutz. Je nachdem, wie viele dieser Ziele wirtschaftspolitisch angestrebt werden, spricht man vom magischen Viereck, Fünfeck oder allgemein vom magischen Vieleck. Der Begriff „magisch“ soll dabei ausdrücken, dass die Ziele oft miteinander im Konflikt stehen und deshalb in der Realität meist nie gleichzeitig – wie im StabG gefordert – zu erreichen sind. Vielmehr ist die Gefahr gegeben, dass die Verbesserung des einen Ziels mit der Verschlechterung eines anderen Ziels verbunden ist. Dies erfordert dann ein Abwägen (*trade-off*). Beispiele für solche *Zielkonflikte* sind zahlreich.

So kann eine Verbesserung der Umweltqualität dadurch erreicht werden, dass Produktionsfaktoren aus der Güterproduktion abgezogen werden, was sich wiederum negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Umgekehrt kann ein hohes Wachstum die Umwelt schädigen. Weiterhin geht ein schnell wachsendes Volkseinkommen zwar in der Regel mit einer höheren Beschäftigung einher, andererseits ist dies oft von Preissteigerungen begleitet. Das hat normalerweise zur Folge, dass die Importe zu- und die Exporte abnehmen und damit das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gefährdet werden kann. Will man etwa die Einkommenssituation einzelner Bevölkerungsgruppen verbessern, indem man die Steuerbelastung der Reichen erhöht, so ist zu befürchten, dass die Leistungsträger den Anreiz zur

Beispiele für  
Zielkonflikte

Produktion verlieren und damit der gesamte „Kuchen“ dessen, was verteilt werden kann, kleiner wird. Der wohl berühmteste Zielkonflikt schließlich wird anhand der so genannten *Phillips-Kurve* diskutiert. Demnach kann eine höhere Beschäftigung zumindest kurzfristig durch eine staatliche Konjunkturankurbelung unter Inkaufnahme einer höheren Inflationsrate erreicht werden. Allerdings ist die Gültigkeit dieser Beziehung heftig umstritten. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen (siehe Seite 101 f.).

Schaubild 1.7:  
Das magische  
Viereck



Die Beziehung zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen ist nicht unverrückbar gegeben, sondern abhängig von der jeweiligen Wirtschaftslage und von den gewählten Instrumenten der Stabilisierungspolitik. Beispielsweise ist es in Zeiten einer Massenarbeitslosigkeit durchaus denkbar, dass eine Erhöhung der Staatsausgaben zu einer Beschäftigungszunahme führt, ohne das Ziel der

Preisstabilität fühlbar zu gefährden. Dabei spielt das Verhalten der Wirtschaftsteilnehmer eine große Rolle: Wenn die Gewerkschaften bei einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage höhere Löhne fordern, werden die Unternehmer das in ihre Preise einkalkulieren, was die Inflation anheizt.

Ob ein Zielkonflikt vorliegt oder nicht, hängt darüber hinaus davon ab, welches wirtschaftspolitische Instrument zum Einsatz gelangt. Über die Eignung bzw. Wirkungsweise der Instrumente bestehen indes kontroverse Ansichten. Die Vertreter der so genannten *Angebotspolitik* versprechen sich etwa von einer Lohnsenkung bzw. Lohnzurückhaltung positive Effekte sowohl auf die Beschäftigung als auch auf die Preisstabilität. Die Verfechter der so genannten *Nachfragepolitik* bestreiten dies vehement. Wir werden diese Fragen weiter hinten systematisch analysieren (siehe Kapitel 5). Es dürfte aber klar geworden sein, mit welch schwierigen Problemen die Stabilisierungspolitik zu kämpfen hat.

## Steuersenkung – Wachstumsmotor?

Brummt der Konjunkturmotor, dann ist populäre Wirtschaftspolitik einfach: Die Regierung kann Steuern senken, ohne Staatsausgaben zu kürzen. Nach einer Faustformel spült jeder Prozentpunkt Wirtschaftswachstum fünf Milliarden Euro zusätzlich in die Kassen der deutschen Finanzminister und Stadtkämmerer.

Umstritten ist aber, wie sehr Steuersenkungen das Wachstum direkt ankurbeln und sich so aus Sicht der öffentlichen Etats selbst finanzieren. Auf mittlere Sicht wird es funktionieren: Bei einer Staatsquote von zurzeit 48 Prozent ist der gesamtwirtschaftlich optimale Staatsanteil fast sicher überschritten – die Akteure der Privatwirtschaft könnten manchen Steuer-Euro produktiver ausgeben, als es der Staat an ihrer Stelle tut.

Nur kann sich die Regierung kaum darauf verlassen, dass die Selbstfinanzierung auch kurzfristig funktioniert – zumal wenn sich das Staatsdefizit ohnehin dicht am Limit des Maastricht-Vertrags von maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bewegt ...

Handelsblatt  
vom 22.7.2002

---

## Literatur zum Weiterlesen

- BECKER, G.S., BECKER, G.N.: Die Ökonomik des Alltags, Tübingen 1998  
EUCKEN, W.: Nationalökonomie wozu? 4. Aufl., Stuttgart 1961  
FRIEDMAN, D.: Der ökonomische Code. Wie wirtschaftliches Denken unser Handeln bestimmt, Frankfurt/Main 1999  
LAMPERT, H.: Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, 13. Aufl., München 1997  
LEVI, M.: Volkswirtschaftlich denken. Vom alltäglichen Nutzen der Wirtschaftswissenschaft, Teil I: Positiv denken, Basel 1987  
SUNTUM, U. v.: Die unsichtbare Hand. Ökonomisches Denken gestern und heute, 2. Aufl., Berlin 2001  
THIEME, H.J.: Wirtschaftssysteme, in: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 1, 7. Aufl., München 1999